

Polizeistruktur:

## Fit für die Zukunft?



Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht im Interview:

# „Die kommen aus ihren Stiefeln gar nicht mehr raus“

Über den vollen Einsatzkalender seiner Beamten und das Personalkonzept für die Landespolizei sprach Innenminister Holger Stahlknecht mit dem dbb regional magazin.

## > regional magazin

Herr Stahlknecht, Sie sind seit einigen Wochen Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt. Eines der großen Themen Ihrer Amtszeit wird der Umbau der Landespolizei sein. Was wollen Sie anders machen als Ihre Vorgänger?

Mittlerweile wird eine Zahl von 150 diskutiert. Wie wollen Sie verhindern, dass sich Polizeiarbeit künftig nach der Kassenlage richten muss?

## > Stahlknecht

Polizeiarbeit wird sich sowohl nach den zu ermittelnden Bedarfen als auch nach der Kassenlage richten. Eine intelligente Lösung ist, eine Ausgewogenheit zwischen beiden Parametern zu schaffen. Dies strebe ich an.

## > Stahlknecht

Das ist richtig. Ein Schwerpunkt in dieser Legislatur wird auf der Optimierung der Bedingungen für die Landespolizei liegen. Wir müssen uns fragen und entscheiden, wie viel Polizei wir in der Fläche brauchen und wie viel in der Verwaltung. Wir wollen dazu miteinander und nicht übereinander reden. Mein Ziel ist es aber auch, durch die Veränderung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Motivation innerhalb der Polizei zu erhöhen. Ich möchte darüber hinaus gern dazu beitragen, dass ein Polizeibeamter auch stolz sein darf, in diesem Land für die Sicherheit der Menschen Verantwortung zu tragen.

## > regional magazin

Wenn Sie in die Zukunft schauen könnten: Was glauben Sie, wie wird die Landespolizei in zehn Jahren aussehen? Wie haben sich Strukturen und Aufgaben verändert?

## > Stahlknecht

Ihre Kernaufgabe, Sicherheit und Ordnung in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten, unterliegt keinem Wandel. Wir werden aber eine stärkere Auseinandersetzung mit modernen Kriminalitätsformen haben, wie der Internetkriminalität. Für solche Bereiche benötigen wir hochqualifiziertes Personal.

## > regional magazin

Um die Polizei zu verjüngen, sollten jedes Jahr 180 Polizeianwärter eingestellt werden.



> Holger Stahlknecht

Foto: Innenministerium

## > regional magazin

Beamte und Gewerkschaften monieren, dass es einen Beförderungsstau gebe. Viele Polizisten sind lange nicht befördert worden. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Ansonsten gilt: Gibt es einen Beförderungsstau, müssen wir uns zuerst die unteren Einkommensgruppen ansehen.

## > regional magazin

Immer wieder ist von Angriffen auf Polizisten zu lesen. Das ist eine Entwicklung, die sich in den vergangenen Jahren scheinbar weiter verschärft hat. Wie wollen oder können Sie dem entgegenwirken? Muss es härtere Gesetze geben oder die Polizeiausbildung angepasst werden?

## > Stahlknecht

So zügig wie möglich. Dies setzt aber voraus, dass die derzeitige Situation von erfahrenen Beamten analysiert wird. Auf Grundlage dieser Analyse sollen die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft einer modernen und gut ausgebildeten sowie ausgerüsteten Polizei gezogen werden. Eine bereits verabredete Maßnahme ist, bis Ende des Jahres 2012 alle Polizeimeister zu Obermeistern zu befördern.

## > Stahlknecht

Ja, es muss auch härtere Gesetze geben, um solche Angriffe zu ahnden. Außerdem wollen wir die noch ausstehenden

Ergebnisse des bundeseinheitlichen Lagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamte“ nutzen, um das Thema verstärkt in der Aus- und Fortbildung von Polizisten zu behandeln. Ziel ist die Gewährleistung eines besseren Schutzes unserer Polizisten. Was mich dabei umtreibt, ist aber noch etwas anderes. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben in Artikel 8 festgeschrieben, dass wir friedlich und ohne Waffen demonstrieren können. Das hat auch eine Zeit lang stattgefunden, ohne dass ein nennenswerter Polizeieinsatz notwendig war. Inzwischen aber dulden und ertragen wir es als einen völlig normalen gesellschaftlichen Zustand, dass voll ausgerüstete Polizisten fast jedes Wochenende im Einsatz sind, um zum Beispiel bei Demonstrationen Ausschreitungen von Rechten und Linken Kräften zu verhindern. Und wir haben dabei auch ein personales Problem. Wir müssen

ertragen, dass wir 50-Jährige in solche Situationen verwickeln müssen, weil wir nicht genug junges Personal einsetzen können. Wir haben hier drei Hundertschaften, die ja nicht nur in Sachsen-Anhalt tätig werden, sondern auch

#### > Holger Stahlknecht

wurde am 13. November 1964 in Hannover geboren.

Nach dem Abitur und dem Dienst bei der Bundeswehr studierte er von 1987 bis 1992 Rechtswissenschaften. Nach dem Referendariat und dem 2. Staatsexamen war er von 1995 bis 2002 als Staatsanwalt tätig. Seit 2002 ist der Jurist Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Zudem ist Stahlknecht seit 1999 ehrenamtlicher Bürgermeister (seit 2010 Ortsbürgermeister) von Wellen. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

von anderen Bundesländern angefordert werden. Die kommen aus den Stiefeln gar nicht mehr raus. Und der Staat sagt, das ist eben so. Das will ich nicht akzeptieren. Wir können es nicht zulassen, dass wir vom Grundgesetz geschützte Werte immer weiter aushebeln lassen und damit einen Ausnahmezustand als ein völlig normales gesellschaftliches Phänomen darstellen. Wir brauchen eine breit angelegte Debatte mit allen gesellschaftlichen Gruppen, auch mit den Kirchen, was wir uns an Widerstand zumuten wollen. Das geht über die Gewaltdebatte von Rechts und Links weit hinaus. Wenn Gegner von Gen-Anbau ganze Felder zerstören, was strafbar ist, gewisse Kreise das aber als legitime Aktion von Wutbürgern feiern, dann besteht dort ebenso Diskussionsbedarf wie bei der vermeintlichen Legalisierung von Straftaten wie dem „Schottern“ von Gleisen.

#### > regional magazin

Auch die Polizei bleibt nicht vom demographischen Wandel verschont. In einigen Jahren wird sich der Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs verschärfen. Wie wollen Sie die Attraktivität des Arbeitgebers Polizei steigern?

#### > Stahlknecht

Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes ist nach wie vor ein nicht zu vernachlässigendes Argument. Darüber hinaus muss die gesellschaftliche Akzeptanz verbessert werden. Wer für die Sicherheit und Ordnung der Menschen Verantwortung trägt, nimmt einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein. Die Polizei muss mittelfristig planbare Berufslebensläufe anbieten. Dazu muss sich auch die derzeit „ungesunde“ Alterspyramide erst auswachsen. ■

*Die Fragen stellte Manja Nowitzki.*



Foto: Polizei Sachsen-Anhalt/Jan Simon

> Demonstrationen, Fußballspiele oder Feste: Die Polizei hat einen vollen Einsatzkalender.

## DSTG Mecklenburg-Vorpommern: 20 Jahre

Mit einem Festakt hat der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) am 24. Mai in Rostock den 20. Jahrestag seiner Gründung gefeiert.

Der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne begrüßte Gäste der Verwaltungsspitze des Finanzministeriums, der Landespolitik, der DSTG-Bundesleitung sowie der Bezirks- und Landesverbände und viele aktive Mitglieder des Landesverbandes.

In der Festrede sagte der stellvertretende DSTG-Landesvorsitzende Frank Naumann: „Auch wenn wir nur ein recht kleiner Landesverband sind, so können wir mit Stolz auf einige Höchstleistungen in den vergangenen 20 Jahren zurückblicken. Die DSTG-Frauenvertretung hat bei uns im Lande getagt, die Jugend der DSTG war hier, die Tarifkommission der DSTG und der Bundeshauptvorstand tagten in der heimlichen Landeshauptstadt Rostock. Aber eine Veranstaltung ragt aus all dem heraus: das Deutschlandturnier im September 2009. Über 2 000 Sportler, Betreuer und Gäste kamen nach Rostock.“

Doch auch politische Problemfelder wurde kritisch analysiert: Die Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Beschäftigten, der Einsatz von Außendienstlern im Innendienst und die Forderung, Personalvertretungen und Bedienstete bei der Novellierung des „Dienstleistungskonzeptes“ mit einzubinden.

Mit Blick auf 20 Jahre Deutsche Steuer-Gewerkschaft in Mecklenburg-Vorpommern richteten Finanzministerin Heike Polzin, der Abgeordnete der CDU-Fraktion Matthias Mantei sowie der dbb Landesvorsitzende Dietmar

Knecht Grußworte an die Anwesenden.

Polzin, selbst Mitglied einer Gewerkschaft, lobte besonders die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Politik und Steuergewerkschaft: „Ich teile viele Positionen der Steuergewerkschaft, was die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und die Verfolgung von Steuerstraftaten betrifft. Und ich weiß Ihre Gewerkschaft an meiner Seite, wenn es um die Auseinandersetzung um eine gerechte Steuerpolitik geht. Denn zu Recht kritisiert die DSTG immer wieder, dass es verantwortungslos ist, in Zeiten einer immer weiter wachsenden gesamtstaatlichen Verschuldung, Steuer-senkungen auf Pump zu finanzieren“, so die Ministerin. Aber natürlich erfülle die Gewerkschaft auch eine soziale Funktion, nämlich das Miteinander vor Ort zu unterstützen und für Ausgleich zu sorgen.

Knecht lobte die Arbeit der dbb Mitgliedsgewerkschaft: „Wir blicken mit Stolz auf die DSTG und bauen auf viele weitere erfolgreiche Jahrzehnte zwischen Elbe und Oder und wünschen der DSTG dafür das Beste!“ Die zwanzigjährige Geschichte des Landesverbandes der DSTG stehe stellvertretend auch für die Geschichte des öffentlichen Dienstes des noch jungen Bundeslandes. „Es war kein einfacher Prozess“, so Knecht, „aber der öffentliche Dienst hat sich auch in Mecklenburg-Vorpommern als stabiler Faktor für Sicherheit, sozialen Frieden und Bildung für die Jugend bewährt.“



> Frank Höhne, Finanzministerin Heike Polzin und Dieter Ondracek.

Der öffentliche Dienst müsse weiterentwickelt werden. Dazu hätten der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften „mehrfach die Hand gereicht und zur Modernisierung beigetragen“. Das sei dem Selbstverständnis der Organisationen geschuldet: In erster Linie sei man „Interessenvertretung der Beamten und Tarifbeschäftigten aller Zweige des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche“. Zugleich verstehe man sich aber auch als „Organisation im Sinne eines Partners und kritischen Begleiters der Politik, der für die nachhaltige Funktionsfähigkeit dieses Landes eintritt.“

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der DSTG Anne Schauer, die Leiterin der Gründungsversammlung des Landesverbandes am 24. Mai 1991 in Schwerin war, gönnte den Geburtstagsgästen einen Einblick in die Anfangsjahre der DSTG in Mecklenburg-Vorpommern.

Dieter Ondracek, Bundesvorsitzender der DSTG, für den die Veranstaltung der letzte öffentliche Auftritt bei einem Landesbund vor seinem Ausscheiden im Juni 2011 war, dankte dem Landesverband für seine gute gewerkschaftliche Arbeit und sprach aktuelle steuerpolitische Themen an. ■

## Besoldung und Versorgung: Flickenteppich

**Mit der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses am 5. Mai 2011 zum Gesetz zur Überleitung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Bundes in Landesrecht sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften und anderen Gesetzesvorhaben hat das Land nach Ansicht des dbb m-v einen weiteren Schritt in Richtung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Flickenteppich in der Bundesrepublik Deutschland getan.**

Weiter standen bei der Anhörung die Änderung des Landesrichtergesetzes, des Landesdisziplinargesetzes und des Spielbankgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (BesVersÜberlÄndG M-V) zur Debatte.

„Mag es in diesem ersten Schritt auch zunächst nur um die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen dafür gehen, aus Bundes-Landesrecht zu machen, wie sieht dann der zweite Schritt eventuell schon in der nächsten Legislaturperiode aus?“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. „Mit Blick auf das Auslaufen des Solidarpakts und die Einführung der Schuldenbremse könnten die Stell-schrauben künftig dazu benutzt werden, Besoldungs- und Versorgungsleistungen zu kürzen!“

Im Rahmen der Anhörung forderte dbb Landesvize Thomas Krupp den generellen Wegfall der Stellenobergrenzen: „Mit dem Auslaufen aller noch vorhandenen Personalkonzepte, die im großen Maße die Laufbahngruppe 1 – also den ehemaligen einfachen und mittleren Dienst – betreffen, in deren Folge nicht mehr von einem Stellenkegel gesprochen werden kann, gehören die Stellenobergrenzen auf den Müllhaufen der Föderalismusgeschichte.“ ■

# Gewährung von Sonderurlaub darf nicht auf die Kernarbeitszeit beschränkt werden

In Mecklenburg-Vorpommern hat es den Fall gegeben, dass Urlaub für gewerkschaftliche Zwecke nach § 6 Sonderurlaubsverordnung des Bundes (SUrIV) – die für die Beamten in M-V maßgeblich ist, da das Land bisher keine eigene Regelung getroffen hat – lediglich für die Kernarbeitszeit gewährt wurde, obwohl der betroffene Beamte den ganzen Tag unterwegs war.

Die rechtliche Prüfung im zuständigen Geschäftsbereich des dbb Bund hat ergeben, dass eine Beschränkung der Gewährung von Sonderurlaub auf die Kernarbeitszeit nicht mit dem Sinn des § 6 SUrIV in Zusammenhang gebracht werden kann. Nach § 6 SUrIV sind Arbeitstage zu gewähren. Der Begriff Arbeitstag setzt schon voraus, dass hier ein gesamter

Arbeitstag in Anspruch genommen werden kann. Auch wenn die Kernarbeitszeit deutlich geringer ist, muss in diesen Fällen ein Stundensatz gutgeschrieben werden, der der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit entspricht. Schließlich ist Sinn und Zweck des Sonderurlaubs nach § 6 SUrIV, dass dem Beamten die Möglichkeit eröffnet werden soll, ohne Gehaltseinbußen an Tagungen seiner Gewerkschaft teilzunehmen, die die beamtenpolitischen Interessen der jeweiligen Berufsgruppe wahrnehmen und deshalb den Schutz des Art. 9 Abs. 3 GG genießen (so Bundesverwaltungsgericht am 11. November 2004 – Az.: 2 B 73/04).

Der zur Begründung durch den Dienstherrn gebrachte Verweis auf den Beschluss des Hambur-

gischen Oberverwaltungsgerichts vom 29. April 2009 (Az.: 1 Bf 336/08.Z), in dem es entschieden hat, dass eine Beschränkung auf die Gewährung von Sonderurlaub auf die Kernarbeitszeit möglich ist, ist hier nicht anwendbar. Die dort strittige Regelung besagt, dass Sonderurlaub nur für die Dauer der notwendigen Abwesenheit vom Dienst gewährt werden kann. Danach ist eine Beurlaubung möglich, wenn die Tätigkeiten nicht außerhalb erledigt werden können. Dies folgt aus der Formulierung „... für die Dauer der notwendigen Abwesenheit vom Dienst ...“. Für die außerhalb der Dienststunden aufgewandte Zeit ist ein Freizeitausgleich dann nicht vorgesehen. Kann der Beamte die ehrenamtliche Tätigkeit während seiner Freizeit ausüben,

entfällt die Pflichtenkollision, die der Ordnungsgeber vermeiden wollte, und damit auch die Rechtfertigung für die gänzliche Zurückstellung dienstlicher Interessen. Fällt damit die ehrenamtliche Tätigkeit nicht in die Kernzeit, ist bei einer solchen Formulierung möglich, dass dem Beamten kein Sonderurlaub gewährt werden kann. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass in einem Stadtstaat wie Hamburg die Entfernungen eher übersehbar sind und damit eine konkrete Abrechnung sachlich zu vertreten ist.

Diese Formulierung ist jedoch bewusst im § 6 SUrIV nicht verwendet worden, sondern hier spricht man von gesamten Tagen, so dass hier ein durchschnittlicher Arbeitstag in Ansatz gebracht werden muss. ■

## Mindestlohn für Verkehrsunternehmen: 8,50 Euro gefordert

„Die öffentliche Hand darf nicht zum Gehilfen für Billiglohnunternehmen werden!“ Dies unterstrich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 4. Mai am Rande der öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses zum Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Landtag.

Der dbb m-v, der über die GDL im Land mehr als 80 Prozent des Fahrpersonals auf der Schiene organisiert, begrüßt die Absicht von SPD und CDU, Regelungen zur Tariftreue im Vergabegesetz zu treffen, ausdrücklich.

Künftig sollen Aufträge im Bereich des öffentlichen Nahver-

kehrs nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach einem in der Branche repräsentativen Tarifvertrag für Mecklenburg-Vorpommern entlohnen.

„Um festzulegen, welcher Tarifvertrag repräsentativ ist, empfehlen wir die Einrichtung eines Beirats“, so Knecht wei-



ter. „Leider fehlen auch noch immer generelle Regelungen zur verpflichtenden Übernahme des Personals bei Betreiberwechsel.“

Der Gesetzgeber schöpft damit die Möglichkeiten der EU-Verordnung 1370/2007 diesbezüglich nicht aus.

„Auch mit Blick auf die seit einigen Tagen geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit fordern wir die generelle Verpflichtung der Verkehrsunternehmen zur Zahlung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde“, so Knecht abschließend. ■

Streichung der Einmalzahlung:

# Finanzministerium reagiert auf Kritik

In regional magazin 5/2011 hatte BSBD-Mitglied Wolfgang Brückner in einem Brief an Finanzministerin Heike Polzin die geplante Streichung der Einmalzahlung an die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Zuge der Übertragung des Tarifergebnisses kritisiert. Abteilungsleiter Peter Bäumeier hat im Auftrag der Ministerin dazu wie folgt Stellung genommen:

## Zu Frage 1: Warum werden bei den Einmalzahlungen die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ausgeschlossen?

Lassen Sie mich zu dieser Frage zunächst ganz allgemein die Grundzüge der versorgungsrechtlichen Anpassungsregelungen erläutern:

Nach § 70 BeamtVG sind die Versorgungsbezüge ab dem Zeitpunkt entsprechend zu regeln, von dem an die Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten allgemein erhöht (oder vermindert) werden. Die Vorschrift trägt damit der in Art. 33 Abs. 5 GG verankerten Alimentationsverpflichtung des Dienstherrn für seine Beamtinnen und Beamten Rechnung, die auch über das aktive Dienstverhältnis hinaus nach Erreichen des Ruhestandes Bestand hat.

Da sich die Anpassung der Versorgungsbezüge nach § 70 BeamtVG an allgemeinen Änderungen der Dienstbezüge orientiert, sind die bei einer Besoldungsanpassung und deren Ausgestaltung unterschiedlich zu gewichtenden Kriterien wie unter anderem

- > die Entwicklung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sowie
- > die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (abgebildet durch den Verbraucherpreisindex), aber auch
- > die Entwicklung der Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft,

- > die allgemeine finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte sowie
- > die (auch in der Zeit des Ruhestandes) nachwirkende Berücksichtigung der jeweils mit der Aufgabenwahrnehmung des jeweiligen Amtes verbundenen Verantwortung (Ämterdifferenzierung) in ähnlicher Weise im Versorgungsbereich zu berücksichtigen.

Als weiteres wesentliches Kriterium hat hier aber zusätzlich die Einkommensentwicklung der mit den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern vergleichbaren Personengruppe der Rentnerinnen und Rentner in der Gesetzlichen Rentenversicherung Berücksichtigung zu finden, so dass ergänzend die

- > Entwicklung der Renten einschließlich der Zusatzversorgungssysteme in die Überlegungen einzubeziehen sind.

Gegenwärtig senkt das Versorgungsänderungsgesetz 2001 (VersÄndG 2001) den Höchstsatz der Versorgung von 75 Prozent auf 71,75 Prozent des Gehalts des letzten innegehabten Amtes sowohl für vorhandene als auch neue Versorgungsempfänger ab. Für diejenigen, die schon Versorgungsbezüge erhalten, wird die Absenkung in der Weise realisiert, dass ab dem Jahr 2003 die folgenden acht Versorgungsanpassungen jeweils um durchschnittlich 0,56 Prozentpunkte verringert ausfallen, bis die gewährte Versorgung das verringerte Niveau von 71,75 Prozent erreicht (§ 69e Abs. 1 und Abs. 3 BeamtVG).

Dementsprechend würde die Umsetzung der tariflichen Erhöhung um 1,5 Prozent zum 1. April 2011 im Versorgungsbereich zu einer Erhöhung um 0,94 Prozent führen, während die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2011 0,99 Prozent beträgt.

Vor diesem Hintergrund ist die Landesregierung zunächst der Auffassung, dass die Bezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gemäß § 70 BeamtVG zeitlich und inhaltlich entsprechend der linearen Anpassung und Sockelbetragsserhöhung der Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten im öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommerns und der sich aus § 69e BeamtVG ergebenden Maßgaben anzuheben sind. Dagegen werden die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von der vorgesehenen Einmalzahlung aus nachfolgenden Gründen ausgeschlossen:

Bei einer Gegenüberstellung mit der Rentenentwicklung bleibt festzustellen, dass die Altersrenten (ohne Betriebsrenten) im Vergleich 2009 zu 2010 seit Juli 2009 (und voraussichtlich bis zum Juli 2011) stagnieren, ohne dass in dieser Zeit eine Anpassung erfolgte.

In Abwägung der (verfassungs-) rechtlichen Regelungsaufträge zur Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend der Besoldungsanpassung unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung in den übrigen Alterssicherungssystemen (einschließlich Betriebsrenten) erscheint daher die Streichung der Einmalzahlung einerseits und die linea-

re Erhöhung der Versorgungsbezüge für die Versorgungsempfänger (schon) zum 1. April 2011 andererseits als zielführende Lösung.

Insoweit werden die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die bestehenden Verhältnisse im Rentenbereich sowie die prognostizierte Weiterentwicklung für die Alterssicherungssysteme im Kontext dieses Gesetzes angemessen berücksichtigt. Dementsprechend hat auch der Bund in seinem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2010/2011 Versorgungsempfänger mit Hinweis auf die Entwicklung der Renten (vergleiche BT-Drs. 270/10 vom 6. Mai 2010, Seite 51) von den Einmalzahlungen (dort gem. § 85 BBesG in der Fassung vom 19. November 2010 in Höhe von 240 Euro) ausgenommen.

## Zu Frage 2: Sind die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in M-V Bürger zweiter Klasse oder warum geht man mit ihnen so um?

Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind – ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner – keine Bürger zweiter Klasse.

In der Diskussion um die Einmalzahlung darf nicht übersehen werden, dass (bereits) zum Januar 2012 die nächste lineare Erhöhung der Versorgungsbezüge vorgesehen ist, während eine solche für den Rentenbereich noch nicht feststeht.

## Zu Frage 3: Haben es die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aufgrund ihrer bisher geleisteten Arbeit nicht verdient, auch eine Einmalzahlung zu bekommen?

Mit der Nichteinbeziehung von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern in die Einmalzahlung geht es in keiner Weise um die Schmälerung der Lebensleistung der ehemaligen Beam-

tinnen und Beamten. Diese Entscheidung ist, wie bereits ausgeführt, vielmehr in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen und insbesondere mit der allgemeinen rentenrechtlichen Situation ins Verhältnis zu setzen. Ich erlaube mir, zur Vermeidung von Wiederholungen auf meine obigen Ausführungen zu verweisen.

**Zu Frage 4: Warum soll die Auszahlung für die Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erst acht Monate später vorgenommen werden? Diese Zeitspanne betrug bei den zurückliegenden Abschlüssen schon mal drei Monate.**

Die geplante Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge muss durch eine gesetzliche Regelung erfolgen. Nach Einschätzung der Landesregierung kann diese jedoch aufgrund der damit verbundenen Fristen nicht mehr bis zum Ende der Legislaturperiode in Kraft treten. Daher plant die Landesregierung, noch in dieser Legislaturperiode einen erforderlichen Gesetzentwurf vorzubereiten, der dann nach der Landtagswahl in den neu gewählten Landtag eingebracht werden kann.

Mit Blick auf die Entscheidungsbefugnisse des neuen Parlaments kann die derzeitige Landesregie-

rung schon aus Rechtsgründen keine so genannten „Abschlagszahlungen“ im Vorgriff auf die erst in der neuen Legislaturperiode in Kraft tretenden gesetzlichen Regelungen veranlassen.

Abschlagszahlungen sind daher erst nach einer ersten Lesung des entsprechenden Gesetzentwurfs im neuen Landtag für den 1. Dezember 2011 geplant.

Wie einschlägigen Presseveröffentlichungen zu entnehmen ist, begrüßt die Finanzministerin das Ergebnis der Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Vertretern als ausgewogen und im Interesse aller Beteiligten. „Da-

mit finden harte, aber faire Tarifverhandlungen ein Ende. Sowohl Land und Kommunen als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben nun bis Ende 2012 Planungssicherheit.“

Hierbei ist hervorzuheben, dass es sich bei der Nichtgewährung der Einmalzahlung an die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger um einen Einmaleffekt handelt. Sie werden somit nicht von der weiteren Entwicklung abgeschnitten.

Im Übrigen hat auch der Bund die Einmalzahlung an seine Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ausgeschlossen. ■

## 20 Jahre Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern:

# Modern und bürgernah

Mit einer Festveranstaltung im Innenministerium in Schwerin beging die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern am 14. Mai ihr 20-jähriges Jubiläum.

In seiner Festrede vor Gästen aus Politik, Wirtschaft und den Sicherheitsbehörden stellte Innenminister Lorenz Caffier fest: „Die Landespolizei hat sich in den letzten 20 Jahren zu einem modernen Dienstleister entwickelt, bei dem die Qualität polizeilicher Aufgabenerfüllung im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität hat.“

Der Innenminister hob hervor, dass die Landespolizei M-V bereits mehrere Bewährungsproben zu bestehen hatte, und erinnerte an die furchtbaren Bilder aus Rostock-Lichtenhagen im August 1992 genauso wie an den erfolgreichen Polizeieinsatz zum G8-Gipfel in Heiligendamm oder an die erst kürzlich durchgeführte Absicherung der Castor-Transporte.

„Diese Einsätze haben unseren Polizistinnen und Polizisten viel abverlangt. Sie haben diese, neben dem täglichen Dienstgeschehen, trotz mancher Entbehrungen erfolgreich gemeistert. Dafür gebührt ihnen an dieser



> Romy Schlanert, Beate Kasten, Olaf Knöpfken und Olaf Wiegert von der DPoIG waren unter den Gästen der Festveranstaltung.

Stelle unser Dank, wir können stolz sein auf unsere Landespolizei“, so Caffier.

Eine positive Bilanz zog der Innenminister im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.

Von 1993 bis 2010 habe sich die Zahl der registrierten Straftaten nahezu halbiert. Die Aufklärungsquote verdoppelte sich auf 60,1 Prozent. Auch bei der Verkehrsunfallentwicklung könne ein anhaltend positiver Trend verzeichnet werden.

„Gern verkünde ich an einem solchen Festtag diese positiven

Ergebnisse. Mit der im März dieses Jahres abgeschlossenen Polizeistrukturreform hatte die Landespolizei wiederum eine große Herausforderung zu bestehen. Ich bin überzeugt davon, dass diese Reform die Polizei in die Lage versetzen wird, ihre Aufgaben weiter in hoher Qualität zu erfüllen und sich den Anforderungen der Zukunft zu stellen. Ich will aber an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass ein weiterer Personalabbau bei der Landespolizei über das durch die Landesregierung beschlossene Personalentwicklungskonzept hinaus ohne eine entsprechende

Aufgabenreduzierung nicht möglich ist“, sagte Caffier.

Dies unterstrich auch Armin Jäger, Innenminister a. D., der sich der Landespolizei immer noch verbunden fühlt und der ebenfalls vor einem weiteren Stellenabbau warnte. Weitere Grußworte sprachen der Fraktionschef der Linken, Helmut Holter, der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Trost, und Polizeiseelsorger Andreas Schorlemmer.

Für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger gab es an diesem Tag am Pfaffenteich in Schwerin ein interessantes Rahmenprogramm unter dem Motto „Polizei zum Anfassen“. An zahlreichen Informationsständen konnte man sich über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der Ausrüstung der Landespolizei informieren. Zu sehen gab es unter anderem neben den Präsentationen der Tauchergruppe oder der Hundehunde der Polizei auch Vorführungen der Polizeipuppenbühne für die Jüngsten. Für die musikalische Umrahmung sorgt das Landespolizei-Orchester.

„Die Präsentation unserer Landespolizei spiegelt das Bild einer bürgernahen und modernen Polizei wider“, so der Innenminister abschließend nach seinem Rundgang auf dem Veranstaltungsgelände. ■

## Personalratswahlen 2011: Erfolg für VDStr.

Den Auftakt zu den Personalratswahlen 2011 in Sachsen machte die Wahl des Hauptpersonalrates beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Dresden. Zugleich fanden die Wahlen der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung statt. Rund 1 500 Wahlberechtigte waren aufgerufen.



> Gewählte Personalvertreter: Jürgen Kretzschmar, Jürgen Wilhelm, Steffen Ebert, Steffen Ricklinkat und Holger Hampsch (von links).

Weil die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten im Sinne des Tarifrechts durch die Einführung des TVÖD weggefallen ist, unterscheidet das sächsische Personalvertretungsgesetz nur noch zwischen Beamten und Arbeitnehmern. Der Wahlzeitraum wurde von vier auf fünf Jahre erhöht.

Für die Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr. waren die Probleme vorhersehbar, die mit der Verwaltungs- und Funktionalreform im Jahr 2008 einhergingen. Eine funktionierende Straßenbauverwaltung wurde auseinandergerissen, und die Umstrukturierung der gesamten Landesverwaltung in Sachsen ist noch nicht abgeschlossen.

Im Mittelpunkt der Veränderungen steht für die Beschäftigten der Autobahnmeistereien und der Straßenbauämter die Gründung eines Landesamtes für Straßenbau und Verkehr im Jahr 2012. Dieser Landesbetrieb soll aus dem derzeitigen Auto-

bahnamt in Dresden sowie den sachsenweit fünf Straßenbauämtern entstehen.

Vor diesem Hintergrund kam der Wahl des HPR aus Sicht des VDStr. besondere Bedeutung zu. Umso erfreulicher ist, dass die VDStr.-Kandidaten Steffen Ebert und Jürgen Wilhelm in den Hauptpersonalrat gewählt wurden.

Ebert, stellvertretender Landesvorsitzender von Sachsen/Thüringen, ist auch Mitglied im Vorstand des HPR.

Über die Listen sbb beamtenbund und tarifunion – DVG sind für die Beamten Steffen Ricklinkat und für die Gruppe der Angestellten Jürgen Kretzschmar als stellvertretender Vorsitzender und Holger Hampsch in der neuen Personalvertretung. Sie werden sich dafür einsetzen, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge „Straßen und Verkehr“ nicht privatisiert werden und alle Arbeitsplätze erhalten bleiben. ■

## Personalratswahlen 2011 im Geschäftsbereich des SMF:

# DSTG wieder erfolgreich!

In den Ergebnissen der Wahlen zum Hauptpersonalrat (HPR) beim SMF, dem Bezirks- (BPR) sowie Gesamtpersonalrat (GPR) beim Landesamt für Steuern und Finanzen (LSF) spiegelt sich die erfolgreiche Arbeit der DSTG im Interesse der Beschäftigten wider. Aber auch bei den Wahlen zu den örtlichen Personalräten in den einzelnen Dienststellen war die DSTG über ihre Mitglieder erfolgreich, die sich hier zur Wahl gestellt hatten.

Im Hauptpersonalrat errang die DSTG in der Beamtengruppe elf der insgesamt 16 Sitze und hat auch insgesamt in dieser Personalvertretung die absolute Mehrheit. Bei der Wahl zum BPR beim LSF stellt die DSTG 12 der insgesamt 18 Mitglieder in der Beamtengruppe und hat mit 14 Vertretern in diesem Gremium ebenso die absolute Mehrheit. Ebenso erfolgreich war die DSTG bei den Wahlen zum GPR beim LSF, so stellt die DSTG die Vorsitzende und ihre Vertreterin. Die Ergebnisse der Vorstandswahlen des HPR beziehungsweise BPR lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Wahlbeteiligung war insgesamt hoch: Bei der Wahl zum GPR beim LSF betrug sie

70,7 Prozent, bei den Wahlen zum HPR und zum BPR 71 Prozent, wobei die Wahlbeteiligung in den Dienststellen zwischen 51 und 91 Prozent differierte. Damit wird deutlich, dass einerseits der Einsatz der Personalvertretungen in der Vergangenheit für die Interessen der Beschäftigten honoriert wurde, aber auch große Erwartungen an deren Arbeit in der Zukunft besteht.

Der Landesverband der DSTG dankt allen Mitgliedern, die sich in der vergangenen Wahlperiode in den Personalvertretungen engagiert haben und wird all diejenigen unterstützen, die sich für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen in den nächsten fünf Jahre einsetzen werden. ■



## Spitzengespräch im Sächsischen Landkreistag

# Verbeamtung im Fokus

sbb Chef Günter Steinbrecht und sbb Vize Jan Prignitz trafen Mitte Mai 2011 mit dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Sächsischen Landkreistages (SLKT) André Jacob und seinem Stellvertreter und Referenten für Dienst- und Besoldungsrecht beim Sächsischen Landkreistag Wolf Kroneberg in Dresden zu einem Gespräch zusammen.

Zum Thema Staatsmodernisierung und Standortkonzept der Staatsregierung vertreten sbb und der Landkreistag ähnliche Standpunkte: Es darf nicht zu einem Rückzug staatlicher Dienstleistungen aus der Fläche kommen. Jeder Bürger muss in der Lage sein, Behördengänge

möglichst wohnortnah erledigen zu können. Lösungsansätze wie etwa „Wirtschafts- und Bürgerzentren“ sowie „mobile Bürgerbüros“ müssen mit möglichst vielen weiteren beteiligten Behörden über Ressortgrenzen hinweg organisiert und realisiert werden.

Bei der Dienstrechtsreform befürwortet der Landkreistag die weitere Laufbahnausbildung und anschließende Verbeamtung von Mitarbeitern. Hier wird es Aufgabe des sbb sein, hoheitliche Kernbereiche auszumachen und in entsprechender Nachfrage auch den Vollzug dieser Absichtserklärung einzufordern.

Der SLKT äußerte hinsichtlich des Einsatzes von Mitarbeitern auch, dass mit der Kommunalisierung Spezialaufgaben an die Landkreise übertragen wurden, die Spezialisten erfordern. Hierzu fordert der sbb für diese Kollegen auch berufliche Entwicklungschancen ein, da sonst künftig kaum noch das erforderliche Fachpersonal gewonnen werden kann.

In der Frage der Besoldung äußerte der SLKT Unverständnis über den Wegfall der Jahressonderzahlung für die Beamten und fordert wie der sbb, die Sonderzahlung in die Grundtabellen einzuarbeiten.

Zu der Frage des Auslaufens der Übergangsfrist am 31. Juli 2011 für die in der Gebiets- und Funktionalreform vom Land in die Kommunen übergeleiteten und aus mehreren Landkreisen zusammengeführten Beschäftigten äußerte der SLKT, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen bei den Landkreisen geben wird. Auch Herabgruppierungen sollen verhindert werden. Es werden einvernehmliche

Lösungen mit den Betroffenen unter Beteiligung der Personalvertretungen angestrebt. Die Landkreise sind sich durchaus bewusst, dass dieser Prozess nicht bis zum Jahresende abzuschließen ist, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird.

Der sbb wird diesen Prozess kritisch verfolgen und seinen Mitgliedern mit Rechtsschutz zur Seite stehen.

„Der SLKT hat erkannt, dass es in Zukunft schwierig sein wird, gutes Personal zu finden und regt eine Abstimmung mit allen öffentlichen Arbeitgebern zu der Frage der Anforderungen an zukünftige Mitarbeiter an“, sagte Steinbrecht abschließend. „An dieser Abstimmung sollten die Interessenvertretungen beteiligt werden.“

### > Tag der Jugend des sbb 2011 in Zwickau



> Thema des Tags der Jugend 2011 waren die Autobau tradition in Sachsen und die Gefahren im Straßenverkehr. Das Interesse der jugendlichen Kolleginnen und Kollegen war groß. Zahlreiche neue Kontakte wurden geknüpft. Anregungen für den Tag der Jugend 2012 werden gern unter [post@sbb-jugend.de](mailto:post@sbb-jugend.de) entgegengenommen. Terminvormerkung: 1. Juli 2011 – Beachvolleyballturnier in Dresden. Mehr Infos: [www.sbb.de](http://www.sbb.de).

### Glückwünsche

Der sbb beamtenbund und tarifunion sachsen gratuliert herzlich:

**Matthias Bilek (GdL)**

**Frank Schmeißer (GdL)**

zur Berufung als ehrenamtliche Richter beim Arbeitsgericht Leipzig.

**Andrea Bidell (DVG)**

zur Berufung zum ordentlichen Mitglied des Landespersonalausschusses.

**Günter Steinbrecht (Landesvorsitzender des sbb)**

**Mathias Peter (SLV im VBE)**

zur Berufung zu stellvertretenden Mitgliedern des Landespersonalausschusses.

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des sbb-beamtenbund und tarifunion sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Telefax 030.4081-5599

Internet: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

E-Mail: [magazin@dbb.de](mailto:magazin@dbb.de)

**Redaktion:** Jan Brenner, Dr. Walter Schmitz (Chefredakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern:

Anka Schmidt

Sachsen: Petra Uhlig

Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann

Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht zwangsläufig auch die Meinung des dbb und der dbb Bundesleitung wieder.

**Layout:** Benjamin Pohlmann

**Fotos:** Polizei Sachsen-Anhalt/Jan Simon (Titel), dbb, MEV, Project Photos

**Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

**Anzeigenverkauf:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen. Petra Opitz-Hannen, Telefon 02102.74023-715, Fax 02102.74023-99, Anzeigentarif Nr. 14.

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Rente und Hochschulzeiten:

# Widerspruch einlegen

Hochschulzeiten werden im Rentenrecht nicht mehr mit Entgeltpunkten bewertet, sondern dienen nur noch der Erfüllung von Wartezeiten. Im Gegensatz dazu werden Zeiten des Fachschulbesuches weiterhin rentenrechtlich mit Entgeltpunkten bewertet.

Ob dies rechtens ist oder nicht, wird nun das Bundessozialgericht entscheiden. Unter den Aktenzeichen „BSG 13 R 55/10 R“ und „BSG 13 R 8/11 R“ sind dort Revisionsverfahren anhängig. Unabhängig vom Ausgang der Revisionsverfahren wird vermutlich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entscheiden müssen, ob die Differenzierung zwischen Fachschulbesuch und Hochschulbesuch dem Gleichheitsgrundsatz entspricht oder nicht.

Den Betroffenen ist aus unserer Sicht Folgendes zu empfehlen:

Ist Ihr Rentenbescheid weniger als einen Monat alt oder wird er in Kürze erwartet, sollten Sie einen Widerspruch einlegen.

Ist die Frist für den Widerspruch bereits abgelaufen und der Rentenbescheid bestandskräftig, sollten Sie einen Antrag auf Aufhebung eines rechtswidrigen, nicht begünstigenden Verwaltungsaktes (§ 44 SGB X) stellen.

In beiden Fällen sollten Sie darum bitten, den Widerspruch oder den Antrag ruhend zu stellen, weil Sie sonst mit einem ablehnenden Bescheid rechnen müssen, gegen den Sie dann wiederum rechtlich vorgehen müssten.

Erwarten Sie die Rente erst in einigen Jahren und sind im

Besitz einer so genannten Rentenauskunft, sollten Sie gar nichts tun. In diesen Fällen können Sie in Ruhe bis zum tatsächlichen Rentenbeginn den Ausgang der Revisionsverfahren oder der Verfassungsbeschwerde abwarten.

Aufpassen sollten Sie allerdings, wenn Sie das Institut für Lehrerbildung besucht haben und diese Zeiten als „Hochschulzeiten“ in der Anlage 2 der Rentenauskunft verschlüsselt worden sind.

Unseres Erachtens nach handelt es sich hierbei um Fachschulzeiten. Dies müsste die Rentenversicherung auf Ihren Antrag hin ändern.

In all diesen Fragen können Sie sich als Mitglied unserer Fachgewerkschaften in der monatlichen Rentenberatung (jeden vierten Donnerstag im Monat) beim sbb beraten lassen. Termine können über die Geschäftsstelle des sbb, 0351.4716824, vereinbart werden. Dort werden im Übrigen auch Rentenansprüche aufgenommen. Lehrer aufgepasst: Wurden für Zeiten bis zum 30. Juni 1990 schon die Jahresendprämie, sonstige Einzelprämien oder die Landlehrerzulage berücksichtigt? Auch hierbei sind wir Ihnen behilflich.

*Uwe Hehr,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender des sbb*

Wegstreckenentschädigung:

# Anpassung gefordert

Der sbb kämpft für die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung. Besonders vor dem Hintergrund der jüngsten Benzinpreisexposition ist dieser Schritt mehr als überfällig.

In der Landesverwaltung geht es um den effizienten Einsatz der Außendienstmitarbeiter. Die Kolleginnen und Kollegen bringen jährlich viele Millionen Euro in die Staatskasse. Trotzdem sollen die Beschäftigten ihr Fahrzeug dem Dienstherrn zur Verfügung stellen und dies weitgehend privat finanzieren. So werden Teile des Familieneinkommens als „Zwangssolidaritätsbeitrag“ zur zusätzlichen Sanierung des Landshaushaltes verwendet! Aus diesem Grund hat der sbb mit seinen 35 Mitgliedsgewerkschaften eine Postkartenaktion



gestartet, in der der sächsische Finanzminister aufgefordert wird, die Wegstreckenentschädigung zu erhöhen.

Außerdem fordert der sbb, die steuerliche Entfernungspauschale für alle Arbeitnehmer unverzüglich zu erhöhen. ■

## > Ehrenamtliches Engagement: Unbezahlbar und nicht umsonst



> Rund 23 Millionen Menschen in Deutschland sind ehrenamtlich tätig. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am 5. April 2011 repräsentativ 200 Ehrenamtler in das Bundeskanzleramt eingeladen. Unter ihnen waren Nils Oeser, Landesjugendvorsitzender der sbb jugend (Foto), und Alexander Höhn, VBOB. „Das Interessante am Ehrenamt ist, dass es kleine und große Projekte gibt, Organisationen, die schon fast zum Bestand, zum Inventar der Bundesrepublik Deutschland gehören, genauso wie neue Initiativen – alles ist dabei“, so Merkel. Der sbb sieht die Teilnahme von zwei Vertretern der dbb jugend als Zeichen für die hohe Verantwortung, die er im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Interessenvertretung junger Menschen wahrnimmt. Gerade im Jahr des Ehrenamtes ist es der Bundeskanzlerin wichtig, diese wichtigen Helfer in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Tag der Sachsen 2011:

# „Lessing, Lausitz, Lebensfreude“



Der diesjährige Tag der Sachsen findet in Kamenz statt. Unter dem Motto „Lessing, Lausitz, Lebensfreude“ werden vom 2. bis 4. September 2011 wieder hunderttausende Besucher und Gäste zum größten Volksfest des Freistaates erwartet und von „KAMI“, dem Maskottchen, begrüßt.

Im Vorjahr präsentierten sich elf Mitgliedsgewerkschaften und Partnereinrichtungen innerhalb und außerhalb des Festzelts des sbb den Besuchern in Oelsnitz/Erzgebirge.

Auch zum diesjährigen Tag der Sachsen in Kamenz wird der sbb mit einem 200 Quadratmeter großen Festzelt vertreten sein. Hier haben unsere Mitgliedsgewerkschaften die Mög-

lichkeit, sich zu präsentieren und mit attraktiven Angeboten zum Mitmachen viele Besucher anzulocken. Über 60 Meter Präsentationsstände im Innern des Zeltes sowie im Außenbereich werden sehr gute Möglichkeiten bieten, mit Besuchern ins Gespräch zu kommen und selbst aktiv zu werden. Natürlich wird es auch interessant sein, am Sonnabend und Sonn-



> Viele aus dem Team des Tag der Sachsen 2010 sind auch in diesem Jahr wieder dabei.

tag mit Politikern zu diskutieren und unsere Anliegen vorzubringen.

Ein weiterer Höhepunkt wird das Fußballspiel FC Landtag – FC Beamtenbund am Freitagnachmittag im „Stadion der Ju-

gend“ sein. Wir freuen uns bereits jetzt auf das ewig junge Duell der Traditionsmannschaften mit einem ebenso spannenden Verlauf wie im Vorjahr, das 5:4 für den Beamtenbund ausging. ■

Gespräch mit SPD-Fraktion:

## Dienstrecht diskutiert

Mitte April 2011 fand ein Gespräch des Bundesvorsitzenden der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Kurt Rieß mit der SPD-Fraktionsspitze im Sächsischen Landtag statt.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die TV-L-Verhandlungsergebnisse und ihre Übertragung auf die Beamten, die Kompensierung der Streichung der Sonderzahlung, die Verwaltungsreform, die Dienstrechtsreform und das Personalvertretungsrecht in Sachsen. Erfreulicherweise konnte in allen Punkten Übereinstimmung erzielt

werden mit einer Ausnahme: Während sich die DVG-Vertreter für eine umfassende Verbeamtung im öffentlichen Dienst aussprachen, beurteilten die SPD-Vertreter die Notwendigkeit einer solchen umfassenden Verbeamtung eher zurückhaltend. Sie betonten jedoch, dass sie sich in der parlamentarischen Arbeit selbstverständlich für die Belange



> Norbert Maroldt, stellvertretender Landesvorsitzender der DVG; Stefan Brangs, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion; Kurt Rieß, Bundesvorsitzender der DVG; Sabine Friedel, Innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, und Jürgen Kretzschmar, stellvertretender Bundesvorsitzender der DVG (von links).

der sächsischen Beamten einzusetzen werden.

Künftig wird die DVG in die Fraktionsberatungen zur anstehenden Dienstrechtsreform einbezogen.

*Jürgen Kretzschmar*  
stellvertretender  
Bundesvorsitzender der DVG

### ERHOLUNG UND URLAUB

#### DEUTSCHLAND

**Moselurlaub Weingut Josef Bucher**  
Enkircher Weg 7, 56843 Burg/Mosel;  
1 Woche ÜF 139,- € pro Person, DZ/  
Du/WC/Balkon. Hausprospekt.  
[www.weingut-bucher.de](http://www.weingut-bucher.de), 06541/6752

**Urlaub auf \*\*\*\*-Bauernhof** im  
Berchtesgadener Land in ruhiger  
und sehr sonniger Lage. Salzburg  
12 km, Bad Reichenhall 12 km,  
Brötchenservice. **Tel. (08656) 837,**  
[www.obermoarhof.de](http://www.obermoarhof.de)

## Polizeistruktur:

# Fit für die Zukunft?

Wie viele Polizisten braucht das Land? Eine Frage, über die sich die Innenminister quer durch die Republik den Kopf zerbrechen. Auch in Sachsen-Anhalt. Holger Stahlknecht ist erst wenige Wochen im Amt und hat die Optimierung bei der Polizei zum Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt. Im Sommer will der CDU-Politiker ein Personalentwicklungskonzept vorlegen. Weniger Stellenabbau, mehr junge Beamte. Damit soll die Landespolizei fit werden für die Zukunft. Die Erwartungen sind hoch.

Ein kleiner Vogel ist der ganze Stolz der Polizei. Eine Taube aus Bronze, um genau zu sein. Frère Roger, Bruder Roger, heißt die Friedenstaube, die Polizeipräsident Wolfgang Mönckmeyer entgegennahm. Die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord hat sich um die Menschenrechte verdient gemacht. Die Polizisten aus Magdeburg reihen sich damit in eine Liste prominenter Namen wie Vaclav Havel und Michael Gorbatschow ein.

Der Landshuter Künstler Richard Hillinger hat die Friedenstaube zum 60. Geburtstag der Deklaration der Menschenrechte geschaffen. 30 Stück – eine für jeden Artikel der Vereinbarung. Seitdem fliegen die Vögel durch die Welt. Für einen kurzen Augenblick nun legte Bruder Roger einen Zwischenstopp in Magdeburg ein. „Ich war sehr überrascht, als ich den Anruf bekam“, sagt Polizeipräsident Mönckmeyer. Denn der Anfang war wenig rühmlich.

Pfingsten 1994 in Magdeburg: Rechtsradikale hetzen Ausländer durch die Stadt. Bewaffnet mit Baseballschlägern, machen sie regelrecht Jagd auf die Schwarzafrikaner. Erst nach Stunden gelingt es, die Situation unter Kontrolle zu brin-

gen. Eine Welle der Empörung schwappt nach Magdeburg. Die Polizei musste sich heftige Kritik gefallen lassen.

17 Jahre später hat sich vieles verändert. Aus dem Tag der Kravalle ist ein Tag der Begegnung geworden. In diesen Wochen stehen in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt wieder Veränderungen an.

### > Wie viele Beamte braucht das Land?

Eine neue Landesregierung hat die Staatskanzlei und Ministerien bezogen und die Reform der Polizei zu einem ihrer wichtigsten Themen erklärt. „Wir müssen uns fragen und entscheiden, wie viel Polizei wir in der Fläche brauchen und wie viel in der Verwaltung“, sagt Innenminister Holger Stahlknecht im Interview mit dem dbb regional magazin. Im Sommer will er mit einem Personalentwicklungskonzept eine Antwort auf diese Frage vorlegen.

Die Polizei soll fit gemacht werden für die Zukunft. Weniger Beamte, dafür aber deutlich jüngere. Das ist der Fahrplan für die nächsten Jahre. Aber Sachsen-Anhalt hat einen riesigen Schuldenberg aufgetürmt: mehr als 20 Milliarden Euro lassen nicht viel Spielraum.



> Sachsen-Anhalts Polizeipräsident Wolfgang Mönckmeyer wagt den Spagat zwischen Sparkurs und vernünftiger Personalausstattung.

Für den Finanzminister bedeutet das sparen, sparen, sparen – auch bei der Polizei.

So dreht sich die Diskussion um die Frage: Wie viele Beamte braucht das Land? 5 400 reicht, hatte die vorhergehende Regierung beschlossen. Gespart werden muss auch nach der Wahl noch – es soll nur nicht mehr ganz so sehr wehtun. Darauf haben sich CDU und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen schließlich geeinigt. Die Zahl der Beamten im Polizeivollzug soll von derzeit 7 000 auf 6 000 bis 6 500 sinken.

„Es ist natürlich weniger“, sagt Polizeipräsident Mönckmeyer. 2 900 Beamte arbeiten zurzeit in der Polizeidirektion Nord. Von der Altmark hoch oben im Norden bis zum Harz sind Mönckmeyers Beamte im Einsatz. Von Seehausen bis nach Wernigerode. 200 Kilometer die Bundesstraße entlang. Viel plattes Land mit der Großstadt Magdeburg auf halbem Weg. In acht Jahren sollen nur noch 2 400 Kolleginnen und Kollegen Unfälle aufnehmen, Einbrüche aufklären und Streife fahren. Aber, schiebt der Polizeipräsident nach: „Es ist wichtig, was im Koalitionsvertrag steht. Dass die Zahl schriftlich fixiert wurde.“ Das gebe Sicherheit.

Bereits vor drei Jahren wurde reformiert und umorganisiert.

Am 1. Januar 2008 wurden aus sechs Polizeidirektionen in Sachsen-Anhalt drei: Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau ersetzen die bisherigen Strukturen. Die Polizei passte sich den neuen Landkreisen an und verschlankte ihre Führungsstrukturen. Es war auch ein Tribut an die sinkende Einwohnerzahl.

Sachsen-Anhalt hat damit eine Entwicklung hinter sich, die in anderen Bundesländern gerade erst begonnen hat. Im März wurde die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern einer Schlankheitskur unterzogen. Aus fünf Polizeidirektionen wurden zwei Polizeipräsidien. Der Westteil des Landes wird aus Waldeck bei Rostock koordiniert, der östliche Landesteil untersteht Neubrandenburg. Weniger Häuptlinge, mehr Indianer hatte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) gefordert.

### > Mehr Beamte auf der Straße

Soll heißen, mehr Beamte auf den Straßen, weniger am Schreibtisch. Caffier will Nähe zum Bürger. Trotzdem soll die Zahl der Beamten bis 2015 von derzeit 6 000 auf 5 800 sinken. Damit fällt die Rossskur in MV vergleichsweise niedrig aus.

Personalplanung hin, knappe Kassen her: Die Polizei in Sach-

sen-Anhalt hat noch ein anderes Problem. Sie ist zu alt. 48 Jahre ist der Durchschnittsbeamte. Es klafft eine Lücke zwischen Erfahrung und jugendlichem Enthusiasmus. Die soll in den kommenden Jahren geschlossen werden. 180 Polizeianwärter will Innenminister

Stahlknecht jedes Jahr einstellen. Eine Frischzellenkur im Eiltempo? Wolfgang Ladebeck von der DPolG ist skeptisch. „Der Polizeiberuf ist ein Erfahrungsbetrieb“, sagt er. Das brauche ein paar Jahre. Dass Nachwuchs fehlt, weiß aber auch Ladebeck. In den Einsatzhundertschaften

der Polizeidirektionen müssten über 50-Jährige Dienst schieben. In der Woche sind sie Streifenpolizisten, am Wochenende tragen sie Helm und Schlagstock. „Wir haben immer mehr Großeinsätze“, sagte Ladebeck. Demonstrationen oder die Spiele des 1. FC Magdeburg füllen

die Einsatzkalender. Auch für den Innenminister ein Zustand, den er nicht akzeptieren will. Ein Schritt das zu ändern: Sachsen-Anhalt übernimmt alle Polizeianwärter, die zurzeit noch die Schulbänke der Fachhochschule drücken.

Manja Nowitzki

dbb jugend:

## Beschäftigungsperspektiven sichern

In einem Gespräch mit dem Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Thomas Webel, forderte die dbb jugend sachsen-anhalt am 11. Mai 2011 klare Perspektiven für die jungen Beschäftigten im Geschäftsbereich des Ministers.



> Thomas Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr, und Thomas Löwe, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend sachsen-anhalt (von links).

Thomas Löwe, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend sachsen-anhalt, stellte noch einmal klar, dass sich die Attraktivität des Landes Sachsen-Anhalt als Arbeitgeber und Dienstherr in erster Linie über klare berufliche Perspektiven definiere. Befristete Arbeitsverhältnisse und unsichere Beschäftigungsperspektiven seien kontraproduktiv und würden dazu führen, dass dem Land mittelfristig gut ausgebildetes Personal fehlen werde.

Mit Bildung der neuen Landesregierung in Sachsen-Anhalt

wurde der Zuschnitt der Ressorts verändert. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt wechselt vom Geschäftsbereich des Innenministeriums in das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr. Webel sicherte den Erhalt der derzeitigen Standorte des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation zu: „Wir beabsichtigen nicht, die Zahl der Standorte zu reduzieren. Die Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung wird auch weiter in der Fläche vertreten sein.“

Hinsichtlich der Landesbauverwaltung stimmten beide Seiten überein, dass auch in diesem Teilbereich klare Perspektiven zu schaffen sind und ein an den Aufgaben zu bemessendes Konzept unabdingbar ist.

Bis zum Jahr 2020 wird im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr ein hoher Anteil der Beschäftigten in Rente beziehungsweise in den Ruhestand eintreten. „Wir müssen erneut die Frage diskutieren, ob nicht die Rückkehr zu einer internen Fachhochschulausbil-

dung im Beamtenverhältnis auf Widerruf im Bereich der allgemeinen Verwaltung die richtige Antwort darauf sein kann“, sagte Löwe im Gespräch. Die interne Ausbildung und damit die frühzeitige Bindung der Menschen an die Verwaltung liegen auch im Interesse der Landesverwaltung. „Bereits heute bleibt die Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Land Sachsen-Anhalt hinter mehreren anderen Bundesländern zurück“, ergänzte Löwe. ■

### > DVG Sachsen-Anhalt trainierte Personalräte



> Vom 12. bis 14. Mai 2011 trafen sich engagierte Kollegen der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt und der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt zu einem Seminar zum Thema „Personalversammlungen aus Sicht der Gewerkschaft“ im Schlosshotel Ballenstedt. Ziel des Seminars war, gewerkschaftliche Positionen auf Personalversammlungen überzeugend zu formulieren und zu präsentieren. Ulrich Stock, Vorsitzender der DVG und stellvertretender dbb Landesvorsitzender, referierte über Rechte und Pflichten der Beauftragten der Gewerkschaften sowie Grenzen der Darstellung von gewerkschaftlichen Themen auf Personalversammlungen. Die Diplom-Sprechwissenschaftlerin Karina Becker aus Magdeburg trainierte die Teilnehmer in Rhetorik und Kommunikation.

Koalitionsvertrag und öffentlicher Dienst:

# Sparkurs wird fortgesetzt

Zehn Tage nach der Landtagswahl haben am 30. März 2011 CDU und SPD ihre Koalitionsverhandlungen begonnen. Zweieinhalb Wochen nach der Landtagswahl standen die Koalitionsverhandlungen unmittelbar vor dem Abschluss. Acht Arbeitsgruppen haben im Eiltempo Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit beraten. Nachdem der Koalitionsausschuss den Koalitionsvertrag in seine Endfassung gebracht hatte, segneten ihn am 14. April der CDU-Landesparteitag und zwei Tage später der SPD-Landesparteitag ab. Auf 69 Seiten präsentieren CDU und SPD ihr Vertragswerk unter dem Titel „Sachsen-Anhalt geht seinen Weg – Wachstum, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit“. Was bedeutet der Koalitionsvertrag für den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten?

Anders als im Vertrag der Koalition aus CDU/CSU und FDP im Bund, der die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Funktionsfähigkeit des Staates und die Stellung des Berufsbeamtentums für die Aufgabenerfüllung unterstreicht, sucht der aufmerksame Leser eine solche allgemeine Standortbestimmung des öffentlichen Dienstes in der Vereinbarung zwischen der CDU und der SPD auf Landesebene vergeblich. Bezugspunkte zum öffentlichen Dienst gibt es aber in vielen von CDU und SPD definierten Schwerpunktbereichen, wie etwa in Haushalt und Finanzen, Inneres und Kommunales, Bildung und Justiz.

Bereits in den Sondierungsgesprächen zu den Koalitionsverhandlungen waren sich CDU und SPD einig, die Konsolidierungspolitik der letzten fünf Jahre fortzusetzen. Die Koalitionspartner „bekennen sich zur Umsetzung der in der Landeshaushaltsordnung verankerten Schuldenbremse“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag.

## > Neuverschuldung vermeiden

Oberste finanzpolitische Ziele blieben die Vermeidung der Neuverschuldung ab 2012 und



die Tilgung der Schulden spätestens im Haushalt 2014. Eine Konsolidierungsstrategie, die den Personalbereich ausklammere, könne nicht erfolgreich sein. Und an dieser Stelle wird der Bezug zum öffentlichen Dienst, genauer zum Personal im Landesdienst, hergestellt. In einem eigenen Abschnitt „Personalmanagement“ formulieren die Koalitionäre ihre Ziele im Personalbereich. Die Landesverwaltung sei „personell und strukturell zu modernisieren und zu reduzieren“, heißt es im Vertrag.

In seiner ersten Regierungserklärung im Landtag am 12. Mai 2011 kündigte Ministerpräsident Reiner Haseloff an, am harten Sparkurs im öffentlichen Dienst festzuhalten. „Ange-

sichts der Tatsache, dass der Bevölkerungsrückgang im Land weitere Anpassungsschritte notwendig macht, ist das ein ehrgeiziges Ziel“, sagte Haseloff. Der Abbau solle jedoch sozialverträglich erfolgen. Ziel der Landesregierung sei es, die personelle Ausstattung von 19 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) pro 1 000 Einwohner spätestens ab 2019 zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes sei laut Koalitionsvertrag der Stellenbestand in der Landesverwaltung um 8 000 auf 46 800 Stellen zu reduzieren. Mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 solle die Zahl auf unter 51 600 Stellen zurückgeführt werden. CDU und SPD wollen einen Stellen-

korridor von jährlich bis zu 400 Neueinstellungen unbedingte einhalten. Im Zwischenbericht des aktualisierten Personalentwicklungskonzeptes vom Oktober 2010 war noch von 800 Neueinstellungen die Rede.

## > Zu wenig Neueinstellungen

Finanzminister Bullerjahn begründet die Halbierung der Neueinstellungen in einem Interview in der Volksstimme vom 11. Mai 2011 so: „Wir hatten vor der Wahl alle Stellenwünsche der Ministerien zunächst aufgenommen, im Wissen, dass diese Zahlen nach der Wahl keinen Bestand haben können, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, unsere Personalstärke dem deutschen Mittelwert anzugleichen.“

Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE., warf SPD und CDU in der Debatte zur Regierungserklärung von Haseloff Wahlbetrug vor.

Finanzminister Bullerjahn hat indes eine Kehrtwende gemacht: Wunschzettel der einzelnen Ressorts mit anschließenden monatelangen Diskussionen wird es künftig nicht mehr geben. Jedes Ministerium bekommt seinen Etat vorgeschrieben, kündigte er zum Doppelhaushalt 2012/13 an. Mit dem Doppelhaushalt entscheidet die Landesregierung auch über die haushaltsrelevanten Teile des Personalentwicklungskonzeptes, also auch über die 400 Neueinstellungen.

Der dbb sachsen-anhalt hält 400 Neueinstellungen pro Jahr für viel zu wenig. Im aktuellen Personalentwicklungskonzept hatte die Landesregierung allein für Lehrer und Polizisten 460 Neueinstellungen reserviert. „Angesichts der Überalterung hat auch die Verwaltung einen Verjüngungsbedarf“, sagte dbb Landesvorsitzender Maik Wagner. Wegen der politischen

Schwerpunktsetzung dürften die Neueinstellungen bei Lehrern und Polizisten nicht zu Lasten anderer Bereiche in der Landesverwaltung gehen.

Positiv bewertet der dbb sachsen-anhalt, dass das Personalentwicklungskonzept zu einem Personalmanagementkonzept weiterentwickelt und ein strategisches Personalmanagement eingerichtet werden soll. Der dbb erwartet von der Landesregierung, dass sie in dieser Legislaturperiode neben quantitativen Aspekten der Personalentwicklung Konzepte für ein qualitatives Personalmanagement auf den Tisch legt. „Bei einem immer kleiner werdenden Personalbestand und längeren Arbeitszeiten für Beamte und Arbeitnehmern brauchen wir ein Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“, sagte dbb Landesvorsitzender Maik Wagner. Dazu müsse man aber Geld in die Hand nehmen.

### > Schulsystem öffnen

Im Koalitionsvertrag verständigten sich CDU und SPD darüber hinaus, das bestehende Schulsystem in Sachsen-Anhalt entsprechend der Empfehlung des Bildungskonvents für das längere gemeinsame Lernen zu öffnen. Beide seien sich einig, so der Koalitionsvertrag, „Gemeinschaftsschulen auf freiwilliger Basis durch gesetzliche Festschreibung als gleichberechtigte Schulform und vollwertiges Angebot in der Schullandschaft zu ermöglichen.“

Noch vor den Landtagswahlen hatte die CDU mit den dbb Lehrerverbänden und dem dbb Landesvorsitzenden im März 2011 eine gemeinsame Erklärung zur künftigen Schulpolitik vorgelegt. Das bestehende differenzierte Schulwesen in Sachsen-Anhalt habe sich in den zurückliegenden Jahren seit 2002 „hervorragend bewährt“, heißt es in dem Papier.



Während der Philologenverband Sachsen-Anhalt (PhVSA) die entstehenden Gemeinschaftsschulen strikt abgelehnt, sieht der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt das Thema zumindest kritisch. Es stellt sich die Frage, wie die Umsetzung erfolgen soll. „Hoffentlich werden die neu entstehenden Gemeinschaftsschulen nicht nur Gesamtschulen mit geringer äußerer Differenzierung“, sagt VBE-Landeschef Helmut Pastrik. Außerdem führten die Gemeinschaftsschulen zu einer Schwächung von Fachgymnasien, die man eigentlich stärken möchte. „Wenn dies nach dem SPD-Konzept geschieht, sehen wir in erster Linie schwarz für die weiterführenden Schulen, insbesondere dann, wenn nur noch eine Sekundarschule und ein Gymnasium in der Nähe existieren. Diese können dann von Schulzusammenlegungen und der damit verbundenen Auflösung von Schulstandorten betroffen sein“, so Pastrik.

Der PhVSA lehnt Gemeinschaftsschulen grundsätzlich ab, weil die bestehende differenzierte Schullandschaft für jede Form der Begabung einen entsprechenden Bildungsweg bereithält und insofern eine Gemeinschaftsschule überflüssig macht. Die Sekundarschule führt zur Berufsbildungsreife, das Gymnasium zur Hochschulreife. Übergänge sind möglich. Verschiedene Formen der Gesamtschulen bieten beide Ab-

schlüsse an. Über den zweiten Bildungsweg kann man ebenfalls die Hochschulreife erreichen. Doch wo sollen für diese neue Schulform die Schüler herkommen?

Momentan besuchen circa 40 Prozent eines Schuljahrganges das Gymnasium, rund 30 Prozent legen das Abitur ab. „Es muss die Frage erlaubt sein, wie man über 50 Prozent eines Jahrganges zur Hochschulreife bringen will, ohne die Anforderungen drastisch zu senken“, argumentiert der Vorsitzende des PhVSA Jürgen Mannke. Damit gefährde man die bundesweite Anerkennung des sachsen-anhaltischen Abiturs, denn dieses unterliege noch immer den einheitlichen Prüfungsanforderungen in Deutschland. „Um alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Begabungen zu fördern, muss man in allen Schulformen kleinere Klassen bilden und den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit einräumen, Förderunterricht als ständiges Angebot sowohl für Leistungsspitzen als auch für lernschwache Kin-

### > Neuberufungen Ehrenamtlicher Richter

Auch in diesem Jahr haben wieder Neuberufungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt stattgefunden. Mit Wirkung vom 1. Mai 2011 für die Dauer von fünf Jahren wurden auf Vorschlag des dbb sachsen-anhalt berufen:

Frank Albrecht, Harald Köhler, beide Mitglied in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), am Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt,

Kathrin Loße, Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), Ralf Müller, Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB), am Arbeitsgericht Dessau-Roßlau,

Karola Gagelmann, Geschäftsführerin des dbb sachsen-anhalt, Jens Pitt, GDL, am Arbeitsgericht Magdeburg sowie

Jeannette Erdmann, GdS, am Arbeitsgericht Stendal. ■

der und Jugendliche anzubieten“, so Mannke. Ein erneutes Eingreifen in die jetzige Schulstruktur gefährde die Kontinuität der pädagogischen Arbeit der vergangenen acht Jahre.

### > Polizei stärken

Im Bereich der inneren Sicherheit ist die Präsenz der Sicherheitsbehörden und der Polizei im öffentlichen Raum ein zentrales Anliegen von CDU und SPD. Der Koalitionsvertrag sieht bis zum Jahr 2016 vor, im Polizeivollzugsdienst eine Personalstärke von deutlich über 6 000 Beamten zu erreichen. Dieses Ziel soll unter anderem durch mehr Anwärter erreicht werden.

In einem ersten Spitzengespräch der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) mit Innenminister Holger Stahlknecht am 11. Mai 2011 unterstrich der Minister, dass der Stellenabbau wie bisher geplant mir ihm nicht zu machen sei und er 180 Neueinstellungen jährlich anstrebe.

Die Aussage der Koalitionspartner, das Personalentwicklungskonzept für den Bereich Polizei belastungsorientiert fortzuschreiben, begrüßt die DPOIG ebenso wie den Willen, Polizeibeamte nach dreijähriger Dienstzeit ab Verleihung des Amtes „Polizeimeister“ (A 7) zum Amt „Polizeiobermeister“ (A 8) zu befördern.

Zum Fortbestand der Zentralen Beschwerdestelle der Polizei äußerte sich DPOIG-Landeschef Wolfgang Ladebeck allerdings kritisch: „Von Anfang an wirkt die Zentrale Beschwerdestelle wie ein unbegründetes Misstrauen gegenüber der gesamten Polizei. Mit der Überprüfung von Sachverhalten beziehungsweise Rechtmäßigkeiten polizeilicher Eingriffe durch ein unabhängiges Gremium unterstellt man den Kolleginnen und Kollegen von vornherein ein Fehlverhalten“, so Ladebeck. ■

## Pensionsausgaben:

# Lösungen sind gefragt

„Im Zusammenhang mit den Pensionszahlungen der künftigen Jahre von einer Kostenexplosion zu sprechen, schürt Vorurteile“, kommentiert tbb-Chef Helmut Liebermann die Warnung der FDP vor steigenden Pensionsausgaben.

Fakt ist allerdings, dass auf den Freistaat Thüringen in den nächsten Jahren ein deutlicher Anstieg der Ausgaben für Pensionen zukommt, da in näherer Zukunft vermehrt Beamte in den Ruhestand eintreten. Das heutige Niveau der finanziellen Verpflichtungen der alten Bundesländer wird Thüringen wegen geänderter Rechtslage aber niemals erreichen.

Liebermann teilt aber die Auffassung des FDP-Abgeordneten Recknagel, dass der Freistaat Thüringen diesbezüglich rechtzeitig Vorkehrungen treffen muss.

Der erst im Februar 2011 vom Landtag beschlossene Stopp der Einzahlungen in den Pensionsfonds für die Jahre 2011 und 2012 mit Verweis auf die aktuelle Haushaltslage war vor diesem Hintergrund eine falsche und kontraproduktive Maßnahme.

„Die verdienten Pensionen sind weder ein unvorhersehbares Naturereignis, noch ein Privileg für die Beamten. In den Jahren 1999 bis 2003 waren vom Bundesgesetzgeber dauerhafte Gehaltsverzichte für Beamte geregelt worden. Die damit erzielten Einsparungen waren



> Helmut Liebermann

zur Finanzierung der Altersrückstellungen vorgesehen. Dass diese Einzahlungen per Landesgesetz für Thüringen ausgesetzt wurden, begreife wer mag, wir können das nicht“, argumentiert der Landesvorsitzende.

„Die Lösungen für morgen müssen heute gedacht werden!“, führt er weiter aus und bietet für künftige Debatten über grundsätzliche konzeptionelle Überlegungen die Hilfe des tbb an. „Ein erster Schritt hierfür wäre, dass mit jeder Neueinstellung ein prozentualer Anteil der Bruttobezüge in den Thüringer Pensionsfonds eingezahlt wird, um die Vorsorge zu stärken. Die Fehler der alten Länder aus den 70er-Jahren müssen wir nicht wiederholen.“

In einem Pensionsfonds legt das Land Geld an, um auf die heute bereits berechenbaren Verpflichtungen zur Altersversorgung für Beamte vorbereitet zu sein. Der Thüringer Pensionsfonds – die bessere Bezeichnung wäre Thüringer Versorgungsrücklage – soll dazu dienen, ab dem Jahr 2018 durch schrittweise Entnahme diese Ausgaben zu mindern.

*Helmut Liebermann*

## Besoldungsanpassung:

# Erhöhung kommt definitiv

Das ist das Ergebnis eines Treffens zwischen dem tbb und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Mike Mohring.

„Mohring hat uns zugesagt, dass es eine Besoldungserhöhung für die Thüringer Beamten geben wird“, äußert sich der Landesvorsitzende des tbb, Helmut Liebermann. „Leider wissen wir aber immer noch nicht, in welcher Form die Umsetzung geplant ist. Fakt ist aber – es wird keine Nullrunde!“ Voraussichtlich zum 31. Mai wird sich die Landesregierung in einer Kabinettsitzung damit befassen, so Mohring.

Der tbb hatte sich nach der enttäuschenden Erfahrung mit Finanzminister Voß nunmehr mit seinen Forderungen zur Über-

tragung der Tarifiergebnisse an den Fraktionsvorsitzenden Mohring gewandt. Der Finanzminister hatte den Beamtenbund zuletzt immer wieder in

die Warteschleife gelegt. „So geht man nicht mit seinen Beamten um, Herr Voß“, hatte der tbb zuletzt in einer Pressemitteilung gemahnt. >>>



> Helmut Liebermann, Mike Mohring (CDU) und Burkhard Zamboni (v. l.).

### > Info aktuell

Kurz vor Redaktionsschluss hat Finanzminister Voß am 7. Juni 2011 nach der Kabinettsitzung verkündet, dass die seit langem geforderte Angleichung der Beamtenbesoldung an die Gehälter der Angestellten kommen soll. Allerdings übernehme das Land den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes nur verspätet und mit Abstrichen. So sollen die 31 000 Beamten ab Oktober 1,5 Prozent mehr Lohn erhalten – ein halbes Jahr später als die Angestellten. Zum 1. April 2012, also mit vierteljährlicher Verzögerung, gibt es die nächste Erhöhung von 1,9 Prozent. Dazu kommt ein monatlicher Sockelbetrag von 17 Euro. Die Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro, die den Angestellten im April überwiesen wurde, bekommen die Beamten jedoch nicht.

>>> Thema war dabei auch die immer noch nicht umgesetzte Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für die Thüringer Beamten. Nunmehr ist beabsichtigt, dass die 40-Stunden-Woche nach Aussage Mohrings

spätestens zum 1. August 2011 kommen soll.

Der tbb hatte sich zuletzt Anfang März in einem Offenen Brief mit der Forderung nach Rückkehr zur 40-Stunden-

Woche an die Ministerpräsidentin gewandt. Zudem hatten die Mitglieder der Fachgewerkschaften des tbb diese Forderung über eine Postkartenaktion mit mehr als 3 000 persönlichen Zuschriften an Abgeord-

nete des Thüringer Landtages unterstützt. Die Regierung hatte daraufhin einen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen abschließende Behandlung am 16. Juni des Jahres erfolgen soll.

*Helmut Liebermann*

Lesermeinung:

## Gibt Voß den Sarrazin?

In einem Interview mit der regionalen Presse äußerte sich der Thüringer Finanzminister Wolfgang Voß auch zur Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamte und zur Reduzierung von Planstellen bei der Polizei.

Er stellte – ohne Absprache mit dem Kabinett – eine Übertragung des Tarifabschlusses aus reinen Kostengründen in Abrede und sprach sich für eine Reduzierung der Anzahl der Polizisten um 800 aus.

Eigentlich schlimmer noch: Er hatte dem tbb eine Positionierung der Landesregierung zur Frage der Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten bis Mitte Mai zugesagt.

Was ist hiervon nun zu halten: Eigentlich sollte es geistiges Gemeingut sein, dass die Frage

der Besoldung unabhängig von der Kassenlage ist. Die Besoldung hat amtsangemessen ausgestaltet zu sein und sich an der Einkommensentwicklung zu orientieren. Ein guter Indikator hierfür ist die Einkommensentwicklung der Tarifbeschäftigten. Was man jetzt lesen muss, ist eine einseitige Ausübung einer Machtposition. Beamte dürfen nicht streiken. Sie dürfen und müssen dafür aber auch darauf vertrauen können, dass sich der Dienstherr an die Spielregeln hält. Alles andere ist ein

so nicht vorgesehenes Ausnutzen einer Rechtsposition, der Versuch, Wehrlose zu nötigen. Solidarität ist keine Einbahnstraße und Vertrauen kann verspielt werden!

Soll hier mal wieder versucht werden, etwas bei denen durchzusetzen, die sich scheinbar nicht wehren können? Scheinbar: Dem Irrtum ist schon der gescheiterte MP Althaus erlegen. Einer seiner Fehler war, einseitig für Beamte die 42-Stunden-Woche durchzusetzen. Ein Fehler, der trotz anderslautender Versprechen nicht korrigiert, aber auch nicht vergessen ist. Wollen Frau Lieberknecht und Herr Voß sich hier einreihen? So sieht verfehlte Machtpolitik nach Gutsherrenart aus. Wer die Regeln missachtet, handelt willkürlich und das kommt bei Menschen, die sich von Verfassung wegen an Regeln halten, nicht gut an.

Und nicht nur das: Ein gut ausgestatteter öffentlicher Dienst ist ein Standortvorteil und Garant für die Freiheit. Will man

die Attraktivität des Standortes erhalten, sollte man dafür auch etwas bei den Menschen tun, die dafür stehen. Motivierete Beamte sind ein Garant für Freiheit. Nur ein gut ausgebildeter und leistungsfähiger öffentlicher Dienst kann Gesetze sachgerecht anwenden. Ein Grund für die gute Position Thüringens ist die hohe Aufklärungsquote bei Verbrechen. Will man sich nicht auf den Weg Berlins begeben, muss der Staat weiterhin stark bleiben. Die Aufklärungsquote bei Gewalttaten liege dort bei nur 60 Prozent. Schuld an dieser Situation sei Ex-Senator Thilo Sarrazin (SPD), in dessen Amtszeit die Zahl der Beamten um rund ein Fünftel gekürzt worden sei, so der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, am 27. April 2011.

Voß ist mit seinen Vorstellungen zu Bezügen und Kürzungen bei der Polizei auf dem besten oder besser gesagt schlechtesten Weg dorthin.

*(Der Autor ist dem tbb bekannt.)*

### > Bahn: Streik und kein Ende?

Neben der Einigung mit drei großen Güterverkehrsunternehmen hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer die Tarifauseinbarung mit der DBAG am 20. April 2011 beendet. Die Bundestarifkommission beschloss, das Ergebnis anzunehmen, es folgen noch redaktionelle Verhandlungen und Ausgestaltungen.

Über Ostern gab die GDL den privaten Verkehrsunternehmen eine Streikpause zum Nachdenken. Nach dem 1. Mai sind die meisten Unternehmen bereit, konstruktive Verhandlungen zu führen und einen einvernehmlichen Abschluss zu erreichen. Die Ausnahme bildet der Veolia-Konzern, in Mitteldeutschland durch Veolia Verkehr Sachsen-Anhalt (Halberstadt) und Mitteldeutsche Regio-bahn (Leipzig) vertreten.

Hier war die GDL am 6. Mai 2011 mit 251 Stunden im Streik.



Veolia ist ein Konzern, der weltweit Leistungen in den Bereichen Wasserversorgung, Müllentsorgung, Erbringung kommunaler Leistungen und Transport. Allein der Bereich Transport hat in 28 Ländern 129 000 Mitarbeiter. In Deutschland werden 4 234 Mitarbeiter in 35 Tochtergesellschaften beschäftigt. Der Umsatz für 2006 betrug 430 Millionen Euro.

*Thomas Jenes*

Forstreform:

# BDF fordert eingeschränktes Vetorecht

18

Thüringen

Am 15. März hat das Thüringer Kabinett den Weg zu einer „Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) Thüringen Forst“ eröffnet. Nach dem ersten Kabinettsdurchgang sind von der Verwaltung die entsprechenden Schritte eingeleitet worden.

2010 war der Versuch der Gründung einer GmbH ohne Beteiligung der Gewerkschaften gescheitert. Im jetzigen Verfahren gibt es eine Arbeitsgruppe Forststruktur, in der der Hauptpersonalrat vertreten ist. So ist ein Mitspracherecht der Gewerkschaften gesichert.

Der erste Referentenentwurf liegt vor und alle Beteiligten konnten ihre Stellungnahme abgeben. Nachdem voraussichtlich im Juni 2011 der zweite Kabinettsdurchgang erfolgen soll, geht es dann in das parlamentarische Verfahren. Je nachdem wie schnell das Parlament entscheidet, könnte es im vierten Quartal bereits zur Gründung der AöR kommen.

Wichtigster Punkt ist der Erhalt des Einheitsforstamtes in der Fläche. Dies ist in Thüringen breiter politischer Konsens. Wesentlicher Gesetzeszack-

punkt ist die Festbetragsfinanzierung bis zum Jahr 2018. Dabei sollen die Finanzzuweisungen jedoch von derzeit 42 Millionen Euro um 25 Prozent gesenkt werden. Ab 2018 gibt es dann keinen Zuschuss mehr für den reinen Forstbetrieb. Dies wird mit einem Personalabbau von rund 15 bis 20 Prozent über alle Bereiche einhergehen. In Anbetracht der Finanzsituation des Freistaates Thüringen ist davon auszugehen, dass es andere Verwaltungsbereiche ähnlich treffen wird. Der große Unterschied besteht in der finanziellen Sicherheit bis 2018. Dies ist allen Mitarbeitern in einem wohl einmaligen Vorgang einer umfassenden Darlegung der Situation für alle Beschäftigten auf zehn Informationsveranstaltungen erfolgt.

Problematisch gestalten sich noch einige Eckpunkte des Ge-



setzes. Obwohl bereits einige soziale Komponenten mit eingearbeitet wurden, sieht der Bund Deutscher Forstleute (BDF) Änderungsbedarf. Hauptstreitpunkt ist ein allumfassendes Vetorecht des Finanzministeriums. Geringe Freiheitsgrade in der Bewirtschaftung der Mittel und des Personals werden mit den Finanz- und Personaleinsparungen festgeschrieben. Bisher ist das Finanzministerium jedoch nicht bereit, dafür die wenigen möglichen Freiheiten zu gewähren. Mit dem

sich selbst eingeräumten einfachen und nachträglichen Vetorecht kann der Finanzminister die AöR bis zum Stillstand lahmlegen, ähnlich wie eine Verwaltung mit Haushaltssperre. Die Beschäftigten sind nicht bereit, solche finanziellen und personellen Einsparopfer selbst zu erbringen. Dafür muss es Freiheiten im gewissen Rahmen, ohne ein allgegenwärtiges Vetorecht, geben. Dies wird wohl aber erst im parlamentarischen Verfahren erreichbar sein.

*Andreas Schiene*

Besoldung:

# PANEM ET CIRCENSES

„Brot und Zirkusspiele“ oder anders „Lebensunterhalt und Vergnügen“ als Mittel zur Zufriedenstellung des Volkes nutzten schon die alten Römer. Sie bauten das Kolosseum, das damals größte und modernste Amphitheater.

Offensichtlich versucht der Thüringer Wirtschaftsminister über diesen Weg beim Thüringer Bürger zu punkten. Öffentlichkeitswirksam verspricht er mit Hilfe von Bundesmitteln die Fußballstadien von Erfurt und Jena zu Eventstätten zu sanieren und erklärt dieses im Beisein der beiden Oberbürgermeister pressewirksam.

Die Gesamtkosten der Sanierung der beiden Stadien sollen 50 Millionen Euro betragen,



die Folgekosten sind in ihrer Höhe noch nicht bekannt. Wie diese Stadien mit ihren geplanten 22 000 Zuschauerplätzen, die nur 60 Kilometer voneinander entfernt liegen, ausgelastet werden sollen, kann noch keiner konkret sagen. Vom Oberbürgermeister von

Erfurt, Andreas Bausewein, gibt es vage Vorstellungen ohne belastbares Zahlenmaterial. Experten warnen vor einem defizitären Konkurrenzkampf.

Nun für Zirkusspiele soll wohl gesorgt werden, fehlt nur noch das Brot. Leider gibt es hierzu von Seiten der Thüringer Landesregierung keine Aussagen. Leidtragende sind wie auch in der Vergangenheit die Beamtinnen und Beamten des Freistaates. 50 Millionen Euro würde die Übertragung des Tarifergebnisses von März 2011 auf die Besoldung kosten, exakt der Betrag, der für die Sanierung der zukünftig voraussichtlich defizitären Stadien ausgegeben werden soll. Jedoch gibt es von Seiten der Landesregierung noch keine verbindlichen Aussagen, wann und in welcher Höhe eine Besoldungsanpassung erfolgen soll. Dass die Beamtenschaft dem geplanten Sanierungsvorhaben nur wenig Verständnis entgegenbringt, dürfte nachvollziehbar sein.

Zweifelsfrei würden die Beamtinnen und Beamten Thürin-

gens das Angebot dieser Eventstätten gerne annehmen, nur mit leerem Magen ist es kein wirkliches Vergnügen.

Da die Beamtinnen und Beamten des Freistaates immer noch 42 Stunden in der Woche arbeiten, dürfte der Besuch der Stadien im Freizeitbudget dieser Berufsgruppe nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ob das die Landesregierung bei ihren Überlegungen zur Auslastung der Stadien bedacht hat?

Aber jetzt mal ernsthaft: Thüringen ist inzwischen das beamtenunfreundlichste Bundesland geworden. Diese Feststellung wird von der Aussage des Finanzministers unterstrichen, er wolle in den nächsten zehn Jahren 10 000 Beamtenstellen abbauen. Diese Aussage lässt tief blicken. Ist Abneigung oder mangelnde Kenntnis des Beamtenrechts die Triebfeder? Letzteres kann man heilen. Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen ist da gerne behilflich.

*Burkhard Zamboni*

## > Landesjugendausschuss wählt Spitze



> Auf ihrem diesjährigen Landesjugendausschuss wählten die Delegierten der dbb jugend thüringen ihre Landesleitung. Mareike Schachtschabel, die das Amt der Landesjugendleiterin 2007 kommissarisch übernommen hatte, bleibt Landesjugendleiterin. An ihrer Seite unterstützen sie als neue Mitglieder in der LJJ Fabian Schmidt (komba) und Marcus Brater (BDZ) als Stellvertreter. Sie ersetzen Michael Fuchs und Alexander Siebert, die aus der Landesjugendleitung ausgeschieden sind. „Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit, um die Jugendarbeit in Thüringen endlich auf starke Beine zu stellen“, freute sich Schachtschabel.

BESTELLEN SIE JETZT. GANZ EINFACH. GANZ WIE SIE WOLLEN.

# Finanziell sicher in Rente: Leitfaden zur Altersvorsorge für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst

## Der Inhalt im Überblick:

- Individuelle Rentenplanung
- Alles über gesetzliche Rente und Zusatzrente
- Zusätzliche betriebliche Altersvorsorge durch freiwillige Versicherung
- Private Altersvorsorge
- Muster einer umfassenden Rentenauskunft
- Steuerliche Förderung
- Checklisten und Beispiele
- Fachbegriffe

## Was Sie davon haben:

Sie erfahren, wie groß Ihre Rentenlücke im Alter tatsächlich ausfällt. Die passenden Empfehlungen, um diese Rentenlücke zu schließen, finden Sie im Buch.

## So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.



**208 Seiten**  
**€ 15,90\***

ISBN 978-3-87863-159-0

\* zuzügl. Porto und Verpackung



**BESTELLCOUPON** Zuschicken oder faxen

\_\_ Exemplar/e „Finanziell sicher in Rente“

Verlagsprogramm

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

dbb verlag gmbh

Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 7 26 19 17-0

Telefax: 0 30 / 7 26 19 17-40

E-mail: [Kontakt@dbbverlag.de](mailto:Kontakt@dbbverlag.de)

Internet: <http://www.dbbverlag.de>